

GEOECONOMICS

Wirtschaftsforum der SPD e. V. (Hg.)

GEOECO NOMICS

Ökonomie und Politik in der Zeitenwende



Besuchen und abonnieren Sie auch den **Blog politische Ökonomie** des Wirtschaftsforums der SPD e.V. unter **www.blog-bpoe.com**.



Dort erscheinen regelmäßig hochkarätige Beiträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, frei zugänglich für alle – ohne Bezahlschranke.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0676-5

Copyright © 2024 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2024

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de



DIETZ & DAS
Der Podcast zu Politik, Gesellschaft und Geschichte
Auf allen Podcast-Plattformen abrufbar.

Vorwort des Herausgebers.....11

Vorwort von Ministerpräsidentin Anke Rehlinger.....13

Geleitwort von Bundesminister Robert Habeck.....16

1.Geopolitik und Geoökonomie – Bedingungsfaktoren für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft.....21

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Welche Konsequenzen hat die geopolitische Zeitenwende für die Wirtschaftspolitik?.....23

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Europäische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Krisen, Krieg und Transformation27

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.

Strategien gegen die geoökonomische Unsicherheit.....31

Matthias Machnig

Neue Realitäten - die Politisierung der Ökonomie und die Ökonomisierung der Politik.....35

Dr. Christoph Heusgen und Julia Hammelehle

Ein Balanceakt: Wirtschaftliche Sicherheit und Offenheit in der Zeitenwende.....39

Dr. Aleksandra Peeva

Geoökonomie stellt das Paradigma der Marktwirtschaft in Frage.....43

Prof. Dr. Peter Bofinger

Kann der US-Dollar seine dominante Stellung im globalen Finanzsystem behaupten?.....48

Omid Nouripour

Eine starke Währung für eine starke europäische Souveränität.....52

Margarita Mathiopoulos

**Nur die Akzeptanz einer Multipolaren Weltordnung kann friedliche
Koexistenz und Wettbewerb unterschiedlicher Systeme im 21. Jahrhundert sichern.....58**

Dr. Steffen Angenendt, Dipl.-Pol. David Kipp und Dr. Anne Koch

**Asyl- und Migrationspolitik in einer Zeit
geopolitischer Krisen: Herausforderungen für Deutschland und Europa.....65**

Marc Saxer

Der geökonomische Wettbewerb zwingt zur Anpassung des Modells Deutschland.....73

Dr. Stefan Mair

**Geopolitik und Geoökonomie:
Die zunehmende Bedeutung von »Raum« in der Weltwirtschaft77**

Dr. Henrik Ahlers

Zukunft gestalten: Wir können, weil wir wollen, weil wir müssen.....81

**2. Europa vor neuen Herausforderungen –
Notwendige Schwerpunkte für die künftige EU-Kommission.....85**

Stefan Löfven

Five years to shape a European Union that acts with purpose.....87

Dr. Rolf Mützenich, MdB

**Strategische Neuausrichtung:
Europas Antwort auf die Rückkehr von Geopolitik und Geoökonomie.....91**

Dr. Johannes Lindner und Dr. Nils Redeker

Priorität der neuen Kommission: die notwendige Transformation der EU.....95

Botschafter Michael Clauß

Europa unter Druck – was kommt auf die neue Kommission zu?99

Dr. Jeromin Zettelmeyer

Europa in der Triade – Herausforderungen und wirtschaftspolitische Antworten.....103

Achim Post, MdB

**Europa in und nach der Zeitenwende –
Mit Tempo an die Zukunftsaufgaben der Europäischen Union.....107**

Jens Geier MdEP und Rafael Javier Weiske

Durchwursteln als Perspektive?.....112

Christian Dürr, MdB

**Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit statt
Bürokratismus und Bedeutungsverlust – damit sich Europa für die Bürger rechnet.....117**

Univ.Prof. Dr. Michael Landesmann

Welche Zukunft hat der wirtschaftliche Wiederaufbau der Ukraine?.....121

3. Wie weiter in der Globalisierung? – Decoupling, Derisking, Resilience, Institutions.....129

Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm

Mehr diversifizieren, neue Partner gewinnen.....131

Dr. Jörg Kukies

Die Zeiten ändern sich.....136

Svenja Schulze

»Mit solidarischer Steuerpolitik weltweit Ungleichheit bekämpfen«.....145

Hildegard Müller

Europa muss resilienter werden und die internationale Zusammenarbeit vorantreiben.....152

Thorsten Schäfer-Gümbel

Gebot der Stunde: Mehr internationale Zusammenarbeit, nicht weniger!156

Prof. Dr. Guntram Wolff

**Die Zukunft der internationalen Wirtschaftsordnung:
WTO und IWF in Zeiten geopolitischer Spannungen.....161**

Dr. Nils Schmid, MdB

**Demokratisierung der internationalen Ordnung –
Reformbedarf der Vereinten Nationen und der Bretton Woods Institutionen.....165**

4. Renaissance der Industriepolitik? – Industriepolitische Strategien und Schwerpunkte in China, den USA und Europa.....169

Prof. Tom Krebs, Ph.D.

Inflation Reduction Act: Eine verpasste Chance für die deutsche Wirtschaftspolitik.....171

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Die Industriepolitik ist zurück – Jetzt braucht sie einen ordnungspolitischen Rahmen.....175

Jörg Wuttke

Kann Europa von China lernen?.....179

Dr. Katrin Kamin

Zwischen Plänen und Protektionismus:

Chinas Industriepolitik und vor welche Herausforderungen sie die EU stellt.....183

Dr. Stormy-Annika Mildner und Dr. Claudia Schmucker

Bidenomics – Renaissance der Industriepolitik in den USA188

5. Neue Allianzen? – Wie weiter in der Handels-, Energie-, Rohstoff- und Technologiepolitik?199

Bernd Lange, MdEP

Homeland Economics oder offene strategische Autonomie.....201

Simone Menne

Basis für Deutschlands Wachstum und Wohlstand bleiben offene Märkte208

Melanie Vogelbach

Wie kann die EU ein besserer Handelspartner werden?.....213

Kerstin Andreae

Die deutsche Energiewirtschaft

im Zeichen von grüner Transformation und Zeitenwende.....217

Prof. Dr. Ines Zenke

Vom großen Krisenschock zum »New Normal« –

Wird die deutsche Energiewirtschaft endlich krisenresilient?.....222

Corinna Enders und Judith Kühne

Die Transformation braucht nationale und internationale Partnerschaften.....226

Markus Exenberger

Die Macht der Transformation:

Wie nachhaltiger Wasserstoff die Energiepolitik neu definiert.....230

Dr. Franziska Brantner

Rohstoffpolitik in der Zeitenwende233

Dr. Ferdinand Pavel

Klimaneutralität und Entkopplung von China: Europas technologischer Scheideweg.....238

Ansgar Baums

Auf dem Weg zur Wirtschafts-NATO?242

Julian Müller-Kaler

Der Beginn eines neuen Kalten Technologiekrieges246

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....251

Literatur und Anmerkungen.....257

Vorwort des Herausgebers

Die lange dominierende internationale Friedensordnung ist Geschichte. Die Welt ist auf dem Weg in eine neue Konfliktordnung. Der Krieg in Europa und im Nahen Osten, der Einflussverlust des Westens und das Erstarken der BRICS-Staaten sind nur einige Stichworte für diese Entwicklung.

Geopolitik wird die internationalen Beziehungen dominieren. Dies hat nicht nur außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen, sondern betrifft die ökonomische Entwicklung der Weltwirtschaft, Handelspolitik, Wertschöpfungsketten und notwendige Energie- und Rohstoffpartnerschaften. Geopolitik wird zur Geoökonomie.

In dem vorliegenden Band haben wir hochkarätige Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft versammelt, um das Wechselverhältnis zwischen Geopolitik und Geoökonomie, seine Konsequenzen für die Globalisierung und die internationale Arbeitsteilung, seine Auswirkungen auf die Triade USA-China-Europa, die Herausforderungen für den europäischen und deutschen Wirtschaftsstandort, die Renaissance von Industriepolitik und Protektionismus und die Notwendigkeit von Reformen internationaler Institutionen zu analysieren.

Geoeconomics – Ökonomie und Politik in der Zeitenwende ist bereits die vierte Buchpublikation des Wirtschaftsforums der SPD nach den Büchern *Postcoronomics*, in dem die ökonomische Bewältigung der Corona-Krise im Mittelpunkt stand, *Transformomics*, das die Herausforderungen der digitalen und nachhaltigen Transformation vor dem Hintergrund der Zeitenwende behandelte und zuletzt *Futurenomics*, in dem es darum ging, wirtschafts-, energie- und industriepolitische Antworten für die nächsten Jahre zu geben, damit der Wirtschaftsstandort und das Geschäftsmodell Deutschland und Europa auch in Zukunft erfolgreich sein können.

Den Autorinnen und Autoren möchten wir herzlich für die anregenden Texte danken und hoffen, mit diesem Buch interessante Impulse für die Debatte zum Umgang mit den geoökonomischen und geopolitischen Herausforderungen Deutschlands und Europas zu geben.

Das Buchprojekt haben federführend Matthias Machnig und Philipp Sambo Mischon realisiert.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre.

Ihr Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD:

Prof. Dr. Ines Zenke, Matthias Machnig, Heiko Kretschmer, Prof. Dr. Susanne Knorre, Philipp Schlüter, Dr. Tanja Wielgoß, Michael Wiener

März 2024

Vorwort von Ministerpräsidentin Anke Rehlinger

Sie haben einen furiosen Band mit ganz hervorragenden Beiträgen aufgeschlagen. Ich will Sie mit meiner Vorrede nicht lange aufhalten. Daher nur wenige Bemerkungen zur Geopolitik und zur »Zeitenwende«:

Die geopolitische Weltkarte verändert sich in zunehmender Geschwindigkeit. Manches ist schon länger abzusehen: Die Verschiebung des US-amerikanischen Fokus vom transatlantischen Verhältnis zu den transpazifischen Beziehungen hat schon Präsident Barack Obama unverblümt angekündigt und sie kann auch angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas, Indiens und der Tiger States und dem damit einhergehenden wachsenden Selbstbewusstsein niemanden überraschen. China ist mittlerweile zur Weltmacht aufgestiegen und Indien - das zweitgrößte Land der Erde mit ebenfalls mehr als einer Milliarde Bürgerinnen und Bürgern - entwickelt sich zu einem eigenen Kraftzentrum. In den Jahren der Trump-Präsidentschaft war dann mit »America first« offen ausgesprochen, dass eine Distanzierung der USA von der internationalen Einbindung in den Welthandel, vom westlichen Verteidigungsbündnis und der besonders engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union stattfinden kann. Und so bewundernswert Joe Bidens »Inflation Reduction Act« als ein gigantischer Investitionsschub für Zukunftsindustrie und Arbeitsplätze ist, so muss man konstatieren: Er ist auch ein Instrument des Protektionismus und unterläuft frühere Freihandelsbemühungen. Man darf aber immerhin festhalten, dass die engen Bande, die Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem aktuellen US-Präsidenten Joe Biden geknüpft hat, darauf eine hervorragende Antwort sind. Niemand wird aber bestreiten können, dass die US-amerikanischen Bemühungen in Europa weniger werden könnten oder eine Verschärfung dessen droht, sollte Ex-Präsident Donald Trump ab November 2024 erneut die Macht bekommen. Andere Entwicklungen wurden stark beschleunigt: Der russische Angriffskrieg in der Ukraine - mitten auf dem europäischen Kontinent - hat die Polarisierungen auf der Welt verschärft. Russland zeigt sich vor aller Augen als die imperialistische Diktatur, die gewaltsam Grenzen verschiebt wie im 19. Jahrhundert. Die ehemalige Bundeskanzlerin, die deutsche Sozialdemo-

kratie und weite Teile der Öffentlichkeit haben das viel zu lange so nicht wahrhaben wollen. Die Zeit für »Wandel durch Annäherung« hat vor diesem Hintergrund gerade keine Konjunktur.

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff des Kreml-Despoten in der Ukraine war auch die enge Zusammenarbeit der EU und insbesondere Deutschlands in Energie- und Rohstofffragen mit Russland – oder klarer gesagt: die Abhängigkeit von billigem russischen Gas, Öl und Uran und die damit entstandene Erpressbarkeit – auf einen Schlag Geschichte und zwang nicht nur zu dramatischen (und nebenbei bemerkt außerordentlich erfolgreichen) Veränderungen unserer Energiepolitik, sondern auch zu neuer geostrategischer Verortung. Für Deutschland hat das erhebliche Auswirkungen. Unsere Volkswirtschaft ist damit nicht nur mit den Herausforderungen der digitalen, der ökologischen und der sozialen Transformation konfrontiert, sondern muss geoökonomisch und -politisch den Kurs neu stecken.

Bruchlinien haben sich dabei aber auch bei anderen Akteuren der Weltgemeinschaft gezeigt. Die unklare Haltung riesiger Staaten wie Indien und Brasilien zeigen deren gewachsenes Selbstbewusstsein. Dass sie sich nicht vorbehaltlos an der Seite der freiheitlichen Demokratien sehen, die gegen die Rückkehr des gewaltsamen Nationalismus Putins aufstehen, muss zu denken geben. Ausdruck dessen ist ein gewachsener Anspruch der BRICS-Staaten, als eigenständige Staatengemeinschaft wahrgenommen zu werden. Hier zeigt sich, dass wir bereits seit einiger Zeit auf dem Weg sind von einer bipolaren in eine multipolare Welt - ökonomisch wie politisch.

Hat Europa eine Antwort darauf? Oder zumindest Deutschland?

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem Krieg in der Ukraine eine steile Kurve genommen. Putins Überfall markierte eine »Zeitenwende«, wie der Bundeskanzler kurz darauf formulierte, die zwar noch nicht vollends ausdefiniert ist. Die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt hat sich seither aber jedenfalls klar verändert. Deutschland investiert massiv in die Verteidigungsfähigkeit und erfüllt seit diesem Jahr auch das 2%-Ziel des NATO-Bündnisses. Die historisch begründete und richtige militärische Zurückhaltung der größten Wirtschaftsnation im Zentrum Europas ist deshalb nicht dahin, aber die Bundesrepublik unter Olaf Scholz hat der Welt deutlich gemacht, dass wir ein starker Bündnispartner innerhalb der NATO sind. Vor allem aber unterstützt Deutschland die Ukraine finanziell, humanitär wie eben auch militärisch wie sonst kaum eine Nation der Erde.

Doch Deutschlands Engagement allein wird nicht ausreichen. Nicht zur Verteidigung der Ukraine und auch nicht als Antwort auf eine stärker multipolare Welt – vor allem dann nicht, wenn die USA sich als Bündnispartner tendenziell zurückziehen sollten. Es braucht eine starke Europäische Union als Antwort auf multipolare Geopolitik. Wenn Europa eine Stimme in der Welt haben will, dann müssen wir, wo immer es geht, mit einer Stimme sprechen. Viele aktuelle Debatten und Entscheidungen zeigen, wie schwer das ist – etwa im Umgang mit Ungarn oder der glücklicherweise abgewählten rechten Regierung in Polen. Deshalb muss auch die Europäische Union ihre Hausaufgaben machen. So ist das Prinzip der Einstimmigkeit zum Blockadeinstrument der Europa-Gegner geworden. Die EU muss auch wirtschaftliche Antworten auf die veränderte geopolitische Lage geben. Der schon erwähnte IRA in den USA ist ein industrie- und klimapolitisches Erfolgsmodell, alle europäischen Antworten sind dagegen zahnlos geblieben. Den in den vergangenen Jahren immer weiter hochgeschraubten Zielen muss nach der Europawahl 2024 auch eine Wirtschaftspolitik folgen, die es ermöglicht, diese Ziele auch zu erreichen, und zwar ohne die industrielle Basis zu gefährden. Ob eine orthodoxe Sparstrumpf-Politik in Deutschland, die um die aktuelle Form der Schuldenbremse tanzt wie um das goldene Kalb, dabei hilft, ist fraglich. International und auch in Europa werden wir für diese Selbstbeschneidung der Politik belächelt. Will also sagen: Wir brauchen Europa, unbedingt sogar, aber wir brauchen ein besseres Europa!

Selten stand unsere Welt in so vielen Umbrüchen gleichzeitig. Der Diskurs über die sich verändernde geopolitische und ökonomische Lage, wie er in diesem Buch stattfindet, ist daher umso wichtiger. Ich wünsche Ihnen viele Erkenntnisse und Anregungen bei der Lektüre der folgenden Beiträge. Vielleicht ist für Sie, verehrte Leserin, verehrter Leser, ein neuer Gedanke dabei, vielleicht entsteht sogar produktiver Widerspruch, der Debatten auslöst.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Ihre Anke Rehlinger

Geleitwort von Bundesminister Robert Habeck

Es herrscht Krieg auf dem europäischen Kontinent. Es herrscht Krieg im Nahen Osten. Menschen sterben, Staaten werden angegriffen, Grenzen gewaltsam verschoben, die Vorstellung einer friedlich kooperierenden Weltgemeinschaft ist in weite Ferne gerückt. Ohne Frage: Die Welt ist unsicherer geworden in den letzten Jahren. Das, was für uns die bisherige Weltordnung war, ist einer beunruhigenden Unordnung gewichen. Und die Auswirkungen dieser neuen Unordnung spüren wir zunehmend auch bei uns in Deutschland.

Das gilt insbesondere ökonomisch. Wir erleben derzeit eine grundlegende Veränderung der internationalen Wirtschaftsordnung. Die letzten Jahrzehnte waren bestimmt von einer marktdominierten, aber zugleich regelgeprägten Globalisierung. Waren und Kapital sollten sich möglichst frei durch die Welt bewegen, Hürden wurden massiv abgebaut und starke Institutionen wie die WTO geschaffen, die verhindern sollten, dass neue Hürden entstehen. Diese Form der Globalisierung wurde wegen ihrer sozialen und ökologischen blinden Flecken zurecht kritisiert. Die preis- und wachstumsorientierte Hyperglobalisierung hat ihre Schattenseiten. Teils unsägliche Arbeitsbedingungen, die Abholzung von Wäldern, Ausbeutung von seltenen Rohstoffen, sind die Kosten, mit denen unser Wachstum von anderen bezahlt wurde. Zugleich muss man aber feststellen, dass die Globalisierung der Welt insgesamt Wohlstand gebracht hat. Die Zahlen zeigen: Weniger Menschen als früher leiden Hunger und leben in Armut, mehr Menschen haben Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung. Einige der früher so genannten Entwicklungsländer sind zu ökonomischen Großmächten geworden, haben eine eigene Mittelschicht. Bei aller Notwendigkeit, die Globalisierung fairer und nachhaltiger zu machen, die wirtschaftlichen Beziehungen gleichberechtigter zu organisieren – es ist unstrittig: Insgesamt hat die Globalisierung der letzten Jahrzehnte die Welt, hat Europa und nicht zuletzt Deutschland als Exportnation wohlhabender gemacht.

Es ist daher keine gute Nachricht, dass geopolitische Aspekte in den letzten Jahren mit voller Wucht in die Wirtschaftspolitik zurückgekehrt sind.

Die dadurch drohende ökonomische Fragmentierung würde zu handfesten Wohlstandsverlusten führen. Nicht nur bei uns.

Aber den Kopf in den Sand zu stecken, um nicht sehen zu müssen, was man nicht sehen will, ist keine Option mehr. Wir müssen die sich verschärfende geopolitische Konfliktlage anerkennen und entsprechende wirtschaftspolitische Schlüsse daraus ziehen. Drei Entwicklungen spielen dabei aus meiner Sicht eine besondere Rolle und ziehen sich auch durch zahlreiche Beiträge dieses Buchs:

- 1.) Einzelne Länder streben mittels einer strategischen Technologie- und Industriepolitik zunehmend danach, die eigene Machtposition im geökonomischen Gefüge zu verbessern. So verfolgt insbesondere China eine Industriepolitik, die systematisch darauf abzielt, Technologieführerschaft zu erreichen und Wettbewerber aus dem Markt zu verdrängen. Die Industriestrategie »Made in China 2025« zum Beispiel identifiziert zehn strategisch relevante Technologiebereiche der Wirtschaft, in denen China bis 2025 eine internationale Spitzenstellung mit Dominanz auf heimischen und globalen Märkten einnehmen und über ein hohes Maß an wirtschaftlicher und technologischer Autarkie verfügen will. Hierzu werden insbesondere Zielgrößen für die heimischen Marktanteile chinesischer Unternehmen festgelegt und großzügige Subventionen bereitgestellt, die den Wettbewerb mitunter stark verzerren. Dies wird ergänzt um das Bemühen, gezielt eigene globale Netzwerke und Abhängigkeiten zu schaffen (»one belt, one road«).
- 2.) Zentral dabei: Diese Strategien sind nicht nur ökonomisch, sondern ausdrücklich außen- und sicherheitspolitisch gedacht. Sie fallen zusammen mit einer expansiveren Ausrichtung autokratischer Regime und damit einhergehend mit einer Verschärfung der Konflikte mit dem Westen. Diese Realität ist spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine über Deutschland hereingebrochen. In dieser neuen Realität erleben wir auch eine »weaponisation of trade«. Während im Kalten Krieg der Gasfluss nach Europa nie unterbrochen wurde, geschah genau dies im Jahr 2022.
- 3.) Als Reaktion sowohl auf diese verschärften geopolitischen als auch auf innergesellschaftliche Konflikte erleben wir nicht zuletzt eine veränderte Wirtschaftspolitik unseres wichtigsten und engsten Partners, der USA. Zum einen betreiben die USA eine gezielte und konsequente Politik des De-Risking gegenüber China. Zum anderen stärken die USA sehr gezielt

die eigene Industrie. Der 2022 beschlossene US Inflation Reduction Act (IRA) ist ein wichtiger Beitrag der USA zum Klimaschutz – einem gemeinsamen transatlantischen Ziel. Aber zugleich ist der IRA zusammen mit weiteren Impulsen wie dem CHIPS & Science Act und dem Infrastructure Investment and Jobs Act eine große industriepolitische Herausforderung für Deutschland und die EU. Förderprogramme existieren zwar jenseits wie diesseits des Atlantiks. Mit den massiven Impulsen der US-Regierung drohen die Wettbewerbsbedingungen bei wichtigen Zukunftstechnologien aber in eine Schieflage zu geraten – zu Ungunsten Europas und Deutschlands.

Deutschland hat – von der Politik über Verbände bis zu vielen Unternehmen – diese sich verändernde Realität lange nicht wahrnehmen wollen und nicht erkannt, welche Risiken daraus gerade für uns als Exportnation erwachsen. Deutschlands Erfolg gründet auf starken Betrieben, Innovationskraft, Know-how und exzellent ausgebildeten Menschen. Ihm lagen aber auch drei Prämissen zugrunde, die sich spätestens seit der russischen Invasion in die Ukraine als gefährliche Fehlkalkulation erwiesen haben: Russland liefert günstiges Gas, China (und insgesamt der Weltmarkt) kaufen unsere Maschinen und Autos, die USA sichern unsere Verteidigung. Diese Prämissen sind weggebrochen – und wir müssen neue errichten. Das ist die Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik.

Die gute Nachricht ist: Demokratien können besser und schneller aus ihren Fehlern lernen als Autokratien. Marktwirtschaftliche Systeme haben die Kraft, sich anzupassen, sich neu zu erfinden. Und unserer sozialen Marktwirtschaft ist es immer wieder gelungen, dies ohne tiefe soziale Verwerfungen zu schaffen.

Wir haben die Kraft, uns zu korrigieren. Und das tun wir. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern hat Deutschland auf die veränderte geopolitische Lage insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und im Angesicht der hohen Abhängigkeit von China reagiert. Nicht nur, aber auch wirtschaftspolitisch. Wirtschaftssicherheit ist zur neuen Priorität unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik geworden. Das ist durchaus eine Gratwanderung: Einerseits müssen wir die Errungenschaften der Globalisierung so gut es geht verteidigen, weiterhin darauf bestehen, dass eine globalisierte Wirtschaft global geltende, faire Regeln braucht, und uns für diese einsetzen. Andererseits müssen wir realistisch sein und uns auf die neuen geopolitischen und geökonomischen Begebenheiten einstellen.

Das bedeutet zunächst, unsere eigene ökonomische Kraft zu stärken. Deutschland und Europa entwickeln sich derzeit ökonomisch nicht dynamisch genug. Wir haben weiter exzellente, leistungsfähige Betriebe – von kleinen mittelständischen Firmen bis hin zu Großkonzernen. Wir können stolz sein auf unsere soziale Marktwirtschaft mit ihrem Sozialstaat, aber wir sehen eine Innovations- und Wachstumsschwäche. Trotz vieler Anstrengungen und Erfolge der aktuellen Regierung haben wir noch immer einen Reform- und Investitionstau. Gleichzeitig bedroht die Polarisierung im Inneren die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie. Wir müssen deshalb weiterhin die Entschlossenheit und die Kompromissbereitschaft aufbringen, unsere Wirtschaft zu dynamisieren, Innovationen zu entfesseln, Leistungsbereitschaft zu stärken. Wir leben in Zeiten, die Handeln und Pragmatismus erfordern.

Wir müssen zugleich wachsamer sein und unsere Rohstoffbeziehungen, Lieferketten und Absatzmärkte diversifizieren. Gefährliche Abhängigkeiten bauen wir ab, Handelsbeziehungen diversifizieren wir – und intensivieren sie mit Verbündeten. Ein Prozess, der nicht von heute auf morgen abgeschlossen sein wird, der nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaftsunternehmen geht. Gleichzeitig richten wir unsere außenwirtschaftspolitischen Instrumente neu aus und schauen genauer hin, wer hier investieren will und wohin deutsche Technologie abfließen könnte.

Sich auf die neuen Begebenheiten einzustellen, bedeutet aber auch, dass wir strategisch wichtige Industrien in Europa halten, verloren gegangene zurückholen und neue Schlüsselindustrien ansiedeln. Autarkie wäre dabei das falsche Ziel. Wir wollen weiterhin eine offene Volkswirtschaft und Handelsnation sein. Notwendig ist aber, dass wir im Netzwerk mit unseren engsten Verbündeten und insbesondere innerhalb der EU über Kompetenzen und Produktionskapazitäten verfügen. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass der globale Austausch von Gütern in Zukunft reibungslos, ohne Hürden und ausschließlich nach Kriterien der ökonomischen Effizienz funktioniert. Daher sind wir darauf angewiesen, Know-how und Produktionsmöglichkeiten in Deutschland und Europa zu halten, so dass wir im Ernstfall hochskalieren können. Das gilt in der Zeitenwende natürlich zuallererst für die Rüstungsindustrie: Wir müssen in Europa in der Lage sein, relevante Anteile unseres Bedarfs an Rüstungsgütern und des Bedarfs unserer engsten Verbündeten selbst zu decken. Dafür sollten wir auch Schritte zu einer

weiteren Konsolidierung des europäischen Sicherheits- und Verteidigungssektors in Angriff nehmen.

Die Notwendigkeit für eigene Produktionskapazitäten gilt aber auch für Halbleiter als unverzichtbare Basis der modernen Industrieproduktion und für zentrale Technologien für die Energiewende und die Dekarbonisierung der Industrie. Dafür setzen wir stärker auf Resilienz Kriterien in öffentlichen Ausschreibungen und achten darauf, dass bei öffentlichen Förderungen die europäische Wertschöpfungskette gestärkt wird. Wegen der massiven Subventionierung in anderen Teilen der Welt hat sich die Bundesregierung aber auch für direkte Förderung bei der Ansiedlung und dem Aufbau von Produktionskapazitäten entschieden.

Das alles kostet zwangsläufig Geld. Wirtschaftssicherheit hat ihren Preis – so wie es die klassische Sicherheitspolitik auch hat. Wenn wir es schaffen, neue wirtschaftliche Dynamik zu entfesseln, dann wird dieser Weg einfacher.

Zur Wahrheit gehört aber auch: unsere fiskalischen Regeln passen nicht mehr in die neue Zeit. Wir können und sollten uns mit unseren soliden Staatsfinanzen in dieser herausfordernden Übergangszeit mehr Spielräume für Investitionen schaffen.

Denn: Auf eine Stärkung unserer Wirtschaftssicherheit zu verzichten, würde uns noch viel teurer zu stehen kommen. Das machte uns verletzlicher, abhängiger und im Krisenfall kostet es enorm viel. Das haben wir schmerzlich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Folgen für die Energieversorgung und Energiepreise zu spüren bekommen. Auch die Unterbrechung der Lieferketten während der Pandemie und die daraus folgenden enormen Kosten für die Weltwirtschaft waren hierfür schon ein Indiz. Wir leben in Zeiten des Umbruchs. Alte Gewissheiten und Ordnungen tragen nicht mehr, die Umrisse des Neuen, das entsteht, können wir höchstens erahnen. Wir werden mit Unsicherheit leben lernen und gleichzeitig an unserer eigenen Stärke und der Europas arbeiten müssen. Es gilt, Verantwortung für unsere Sicherheit in einem umfassenden Sinne übernehmen. Vor diesen Hintergrund sind die klugen Analysen, Diagnosen und Thesen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik, wie sie dieses Buch versammelt, besonders wertvoll. Sie geben Denkanstöße und schärfen den Blick.

Ich wünsche uns allen eine erkenntnisreiche Lektüre.

1.

**Geopolitik
und Geoökonomie –
Bedingungsfaktoren
für die zukünftige
Entwicklung
der Weltwirtschaft**

Welche Konsequenzen hat die geopolitische Zeitenwende für die Wirtschaftspolitik?

Die Zeitenwende, die mit dem russischen Angriff auf die Ukraine verbunden wird, hat zu einer Debatte über die Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen geführt. Geoökonomische Aspekte, also die Verbindung geopolitischer und ökonomischer Überlegungen, stehen dabei im Fokus. Für eine international stark verflochtene Volkswirtschaft wie die deutsche ist es besonders wichtig, eine überzeugende geoökonomische Strategie zu entwickeln und sie europäisch einzubetten. Das ist bislang nur teilweise gelungen.

Deutsche Energiepolitik setzt Industrie unter Druck, führt aber nicht zu Unabhängigkeit von Energieimporten

Das Ende der Gas- und Ölimporte aus Russland bedeutet, dass man stärker auf andere Energiequellen zurückgreifen muss. Dabei hat die deutsche Politik sich entschieden, auf den beschleunigten Ausbau von Wind- und Solarenergie, Importe von Flüssiggas und vorübergehend mehr Stromproduktion mit Kohle zu setzen. Die Optionen, weiter die Kernkraft zu nutzen und heimisches Schiefergas zu fördern, wurden verworfen, obwohl damit nicht nur das Energieangebot stabilisiert, sondern auch die Resilienz im Fall geopolitischer Krisen gestärkt worden wäre. Der von Deutschland gewählte Weg, allein auf erneuerbare Energien zu setzen, ist teuer und umstritten, aber er schafft Klarheit. Er bedeutet, dass sehr energieintensive Industrien sich andere Standorte suchen müssen und die deutsche Wirtschaft vor einem Strukturwandel in Richtung weniger energieintensiver Wertschöpfung steht. Die Wirtschaftspolitik steht vor der Aufgabe, für diesen Wandel, der mit erheblichen Friktionen einhergehen wird, bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Gegen die durch eigene Politik verstärkte Energieverknappung mit einem Industriestrompreis anzuschubventionieren, würde den Strukturwandel nur verzögern und noch teurer machen, als er bereits ist. Aus geoökonomischer Perspektive bringt die Unabhängigkeit von Energieimporten aus Russland eine Verbesserung, bei der Wasserstoffversorgung wird Deutsch-

land allerdings auch künftig von Importen aus anderen Ländern und teils politisch instabilen Regionen abhängig sein.

Internationaler Handel und geopolitische Risiken

Jenseits der Energieversorgung stellt sich die Frage, was die veränderte geopolitische Lage für die vielfältigen Abhängigkeiten bedeutet, die mit internationalem Handel und Auslandsinvestitionen notwendigerweise einhergehen. Geopolitische Risiken werden vor allem in China gesehen. Deutschland und die Europäische Union haben, anders als die USA, nicht die Ambition, den wirtschaftlichen Aufstieg und damit die geopolitische Macht Chinas einzudämmen, indem die Wirtschaftsbeziehungen eingeschränkt werden. Diese Art von Wirtschaftskrieg ist für beide Seiten teuer.

Deutschland konzentriert sich eher darauf, Schaden für die eigene wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden. Für China hat die Bundesregierung die Formel entwickelt, Risiken abzubauen, aber keine Entkopplung anzustreben. Dieser Weg ist plausibel, denn allein aus Sorge vor geopolitischen Konflikten wichtige Handelsbeziehungen abubrechen, wäre so etwas wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Das erklärt aber noch nicht, was unter dem Abbau von Risiken zu verstehen ist. Deutlich wird das in der Debatte über die Frage, ob bestimmte Güter notfalls staatlich subventioniert in Deutschland produziert werden müssen. Derzeit wird das für so unterschiedliche Produkte gefordert wie Medikamente, Batterien, Solarzellen, Windturbinen und Halbleiter.

Bei welchen Gütern ist Importabhängigkeit kritisch?

Oft ist davon die Rede, Deutschland oder die EU dürften bei wichtigen Gütern nicht vom Ausland abhängig sein. Das allein ist aber nicht hilfreich. Internationaler Handel bedeutet per Definition eine gewisse Abhängigkeit von Lieferanten und Absatzmärkten im Ausland. Überzeugender ist es zu fragen, ob und in welchem Umfang Importabhängigkeit im Fall eines geopolitischen Konflikts erpressbar macht. Das droht, wenn ein Wegfall der Importe innerhalb kurzer Zeit zu großen Schäden führen kann. Plausibel ist das beispielsweise im Fall von Militärtechnologie und bei bestimmten Medikamenten. Umfassende Abhängigkeit Europas von Antibiotika, die in China produziert werden, würde Europa im Konfliktfall beispielsweise innerhalb weniger Wochen massiv unter Druck setzen. Bei Halbleitern geht es nicht direkt um Leben und Tod, aber Lieferausfälle würden schnell dazu führen,